



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 36/2005

SENDESPERRFRIST: 14. September 2005, 13.00 Uhr

SPERRFRIST: 14. September 2005, 14.00 Uhr

Konjunktur aktuell:

**Deutsche Wirtschaft im Sommer 2005
zwischen Hoffen und Bangen**

Ansprechpartner: Prof. Dr. Udo Ludwig (Tel. 0345 77 53 800)

Halle (Saale), den 14. September 2005

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft im Sommer 2005 zwischen Hoffen und Bangen

Der Sommer 2005 wartete mit einigen Überraschungen für die Konjunktur auf. Der Ölpreis hielt sich hartnäckig über 60 US-Dollar je Barrel und überschritt nach den Verwüstungen im Süden der USA durch den Hurrikan Katrina in der Spitze erstmalig die 70-Dollar-Marke. In zwei großen Volkswirtschaften, Japan und Deutschland, wurden die Parlamentswahlen wegen des Vertrauensverlusts in die Regierungen vorgezogen. Die Ungewißheit über den Fortgang der wirtschaftlichen Expansion in der Welt ist gestiegen.

Weltwirtschaft am Rand einer Energiekrise

Der Hurrikan hat das Gros der Ölförderanlagen an der Nordküste des Golfs von Mexiko und etwa ein Zehntel der voll ausgelasteten Raffineriekapazitäten der USA vorerst lahmgelegt. Zwar sind im Zuge der Freisetzung von Rohöl- und Benzinreserven die Preise wieder auf ihr Niveau vor der Naturkatastrophe gefallen. Mit etwa 65 Dollar pro Barrel (Brent) liegt der Rohölpreis damit aber immer noch 15% über dem zum Zeitpunkt der IWH-Sommerprognose im Juli beobachteten Stand. Trotzdem waren die Nachrichten von den wichtigsten Verbraucherländern bis zuletzt überwiegend positiv: In den USA hat der private Konsum im Sommer kräftiger als erwartet zugelegt; in Japan nimmt das Kreditvolumen zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt wieder zu. China scheint es gelungen zu sein, Preisstabilität mit restriktiven Maßnahmen wieder herzustellen, ohne daß der Wachstumsprozeß spurbar an Schwung verloren hätte. Nur im Euroraum expandiert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wie vor schwach.

Alles in allem hat die Weltwirtschaft in den letzten Jahren ein recht hohes Wachstumstempo angeschlagen. Der Ölpreisanstieg war ein Reflex auf die expandierende Nachfrage, und er hat sie zugleich ein Stück weit gebremst. Dabei sind die Kapazitätsreserven der Ölindustrie so stark geschrumpft, daß eine lokale Störung der Produktion wie jetzt im Golf von Mexiko weltweit als Angebotsrestriktion spürbar wird. Allerdings sind die Preise für Ölfutures nicht wesentlich höher als die Spotpreise, welche von der Freigabe von Reserven durch die IEA gedrückt sind. Die Märkte rechnen also damit, daß die Produktionskapazitäten in wenigen Monaten im großen und ganzen wieder verfügbar sind. Davon geht auch die vorliegende

Deutschlandprognose aus: Der Ölpreis (Brent) bleibt im Jahr 2005 bei 65 Dollar und sinkt im nächsten Jahr auf im Schnitt 60 Dollar. Die Weltkonjunktur wird von diesem Preisniveau gedämpft, aber nicht abgewürgt.

Die Abwärts-Risiken der Prognose sind aber recht hoch. Ein neuerlicher Ölpreisanstieg aufgrund einer weiteren Störung von Ölförderung und -verarbeitung könnte ähnlich wie nach den Energiekrisen der 70er Jahre die Weltkonjunktur schwer treffen. Darüber hinaus scheint ausgerechnet der bis jetzt noch so robuste private Konsum in den USA ein Unsicherheitsfaktor: Für die Haushalte steigt wegen der besonderen Knappheit der Raffinerie-Kapazitäten in den USA die Energierechnung besonders stark. Zugleich werden dort die Leitzinsen vermutlich weiter erhöht, und der Immobilienpreisboom könnte auch deshalb bald zu einem Ende kommen. Ein mäßiger Rückgang der Konsumneigung in den USA wäre allerdings positiv zu sehen: nämlich als ein Weg, die vieldiskutierten weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte schrittweise abzubauen.

Konjunktur in Deutschland mit Handikap

In Deutschland wechselt die Konjunktur seit dem Boom im Jahr 2000 häufig zwischen Auf und Ab. Nach dem neuesten Stand der amtlichen Berechnungen befand sich die Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2003 gar in einer rezessiven Phase. Danach folgte auf vier Quartale mit deutlichen Zuwächsen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität erneut eine Schwächephase, die in den ersten Monaten dieses Jahres vorübergehend unterbrochen wurde. Für die zweite Jahreshälfte tendieren die Indikatoren uneinheitlich. Während das Stimmungsbild diffus ist, sprechen die harten Indikatoren per saldo für eine Fortsetzung der Erholung. Allerdings hat sich das Risiko von Seiten der Weltwirtschaft erhöht, wenngleich die monetären Rahmenbedingungen im ganzen Euroraum unverändert günstig sind.

Die deutsche Konjunktur leidet unter einem Handikap: Der Export stimuliert, das Inland bremst. Anzeichen für das Übergreifen der Auslandsimpulse auf die Binnenkonjunktur mehren sich zwar, sie sind aber zu schwach, um Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu beeinflussen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte deshalb in diesem

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,6	-0,1	0,8
Staatskonsum	-1,6	-0,5	0,6
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,6	1,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,5	3,9	4,6
Bauten	-2,3	-4,2	-1,1
Inländische Verwendung	0,5	0,1	0,7
Exporte	9,3	5,0	5,3
Importe	7,0	3,5	3,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	0,9	1,5
<i>Nachrichtlich: USA</i>	4,2	3,5	3,1
Euroraum	1,8	1,3	1,8
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,8	-0,3	0,2
Tariflöhne je Stunde	1,3	1,2	1,3
Effektivlöhne je Stunde	0,5	0,9	0,9
Lohnstückkosten ^a	-0,5	-0,6	-0,6
Verbraucherpreisindex	1,6	1,9	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 868	38 935	39 185
Arbeitslose ^c	4 381	4 825	4 635
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,1	11,0	10,6
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates ^e	-3,7	-3,6	-3,0

^a Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Für 2005 laut Maastricht-Abgrenzung des BIP 3,5%.

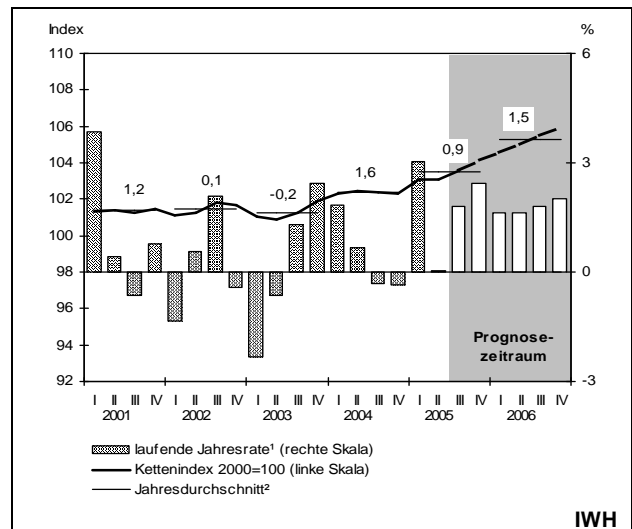
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 13. September 2005).

Jahr nur um 0,9% steigen.¹ Die Beschäftigung nimmt zwar ebenfalls zu, jedoch hauptsächlich im staatlich geförderten Bereich. Erst im kommenden Jahr wird sich die Basis für den konjunkturellen Aufschwung etwas verbreitern. Allerdings hängt dies auch von dem wirtschaftspolitischen Kurs ab, den die neu gewählte Regierung nach der Bundes-

¹ Rein rechnerisch bedeutet dies eine Abwärtskorrektur von 0,2 Prozentpunkten gegenüber der Sommerprognose des IWH. Sie beruht auf der nun schwächeren Entwicklung des Konsums und der Bauinvestitionen in der ersten Jahreshälfte.

tagswahl einschlagen wird. Welche Reformen fortgeführt, welche abgebrochen und welche neu in Angriff genommen werden, dies dürfte erst im späteren Verlauf des Jahres bekannt werden. Deshalb geht die jetzt aktualisierte Prognose des IWH vom Status quo der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für 2006 aus.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -

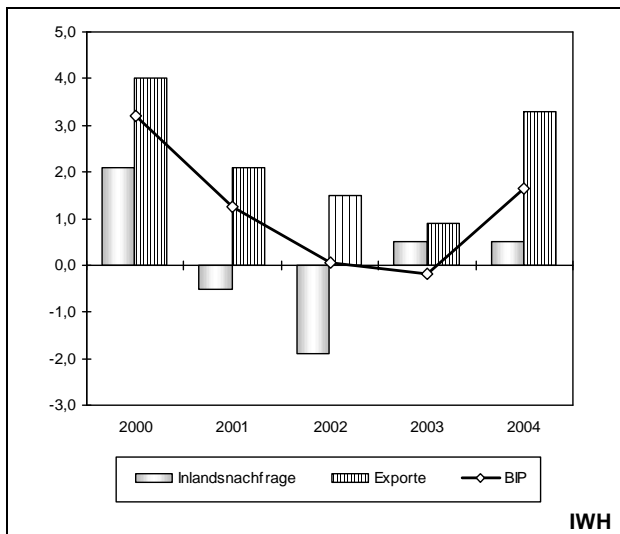


¹) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²) Ursprungswert: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 3. Quartal 2005: Prognose des IWH.

Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Export bleibt extrem hoch. Die Warenexporte werden im weiteren Verlauf dieses Jahres wenig verlangsamt zulegen. Die leichte Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Angebote im Euroraum dürften den weltwirtschaftlichen Dämpfer aus den USA in etwa ausgleichen. In Deutschland sinken die Lohnstückkosten weiter. Der kräftige Anstieg der Importe wird sich jedoch wegen der anhaltend schwachen Binnenkonjunktur in Deutschland, dem erneuten Preisanstieg für Rohstoffe und Energieträger auf dem Weltmarkt sowie der Euro-Abwertung nicht fortsetzen. Auch im kommenden Jahr wird die Außenwirtschaft ihren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung erhöhen. Die Expansion der Weltkonjunktur läßt kaum nach. Davon wird die deutsche Exportwirtschaft erneut profitieren, wie auch von der Austragung der Endrunde der Fußballweltmeisterschaft. Die Importe werden im Zuge der langsamen Belebung der Inlandsnachfrage anziehen.

Abbildung 2:
Wachstumsbeiträge zum BIP in Deutschland
- in Prozentpunkten -



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH.

Die Endnachfrage in Deutschland spürt insgesamt noch wenig vom Exportanstieg. Lediglich die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen lassen auf die Übertragung außenwirtschaftlicher Impulse schließen. Sie nehmen zu, denn auch die Bedingungen für die innere und äußere Finanzierung von Investitionen sind insgesamt günstig geblieben, die Zinsen am Kapitalmarkt sogar nochmals gesunken. Allerdings hat nicht nur außenwirtschaftlich das Risiko zugenommen. Auch binnenwirtschaftlich ist die Ungewißheit gestiegen. Unklar ist derzeit, welche Reformen nach der vorgezogenen Bundestagswahl auf die Unternehmen zukommen und wie sie deren Investitionskalkül beeinflussen werden. Auch hier wird deshalb der Status quo unterstellt.

Der Abwärtstrend der Bauinvestitionen hat sich wieder verstärkt. Die Vorzieheffekte aus der Kürzung der Eigenheimzulage scheinen weitgehend abgearbeitet zu sein, so daß sich der Wohnungsbau nun wieder auf ein deutlich sinkendes Auftragsvolumen einstellen muß. Im Schnitt besteht das Überangebot an Wohnungen fort, die Mietpreise sind bei deutlich regionalem Gefälle real gesunken und die Einkommenserwartungen der potentiellen Bauherren gedrückt. Auch bei gewerblichen Immobilien sind die Angebotsüberhänge noch groß. Der Rückgang des Wirtschaftsbaus setzt sich fort, wenngleich im nächsten Jahr weniger kräftig. Lediglich im öffentlichen Bau weisen die weiterreichenden Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf einen Anstieg hin.

Stagnierende Arbeitseinkommen, sinkende Transfereinkommen und schwache Perspektiven am Arbeitsmarkt lassen derzeit wenig Spielraum für die Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Ihre verfügbaren Einkommen steigen zwar insgesamt dank hoher Gewinnentnahmen der Selbständigen und Erträge auf Vermögen, real geht jedoch der Konsum durch den preisbedingten Kaufkraftentzug zurück. Die kräftige Verteuerung von Energie hat zu einem deutlichen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus geführt. Die Inflationsrate lag zuletzt bei 1,9%, wobei die Kerninflation mit rund 1% nach wie vor niedrig ist. Im kommenden Jahr dürften die privaten Konsumausgaben aufgrund der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt und des geringeren Preisanstiegs wieder zunehmen. Dabei ist gemäß Status quo-Annahme keine Mehrwertsteuererhöhung und keine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung unterstellt.

Die wirtschaftliche Erholung ist bislang am Arbeitsmarkt vorbeigegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwar seit April 2005 gestiegen, die Talsohle für Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht ist jedoch noch nicht durchschritten. Allerdings hat die Arbeitsmarktpolitik zur Entstehung neuer Erwerbsverhältnisse geführt. Die Förderung insbesondere von Ich-AGs und so genannter Ein-Euro-Jobs in der vorerst letzten Phase der Arbeitsmarktreformen bedeutet jedoch noch keine Wende am Arbeitsmarkt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt damit zwar vorübergehend, letztlich müssen die geförderten Personen jedoch den Markttest noch bestehen. Außerdem ist unklar, inwieweit durch die zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden.

Das Defizit im gesamtstaatlichen Haushalt verringert sich in diesem Jahr geringfügig. Die Einnahmen aus Steuern steigen wieder etwas, die aus Beiträgen für die sozialen Sicherungssysteme sind jedoch im Gefolge des Abbaus der Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht rückläufig. Auch die Ausgaben erhöhen sich geringfügig, vor allem im Zusammenhang mit den Sachleistungen für die Sozialversicherungen. Im kommenden Jahr werden mit der Verstärkung der Binnenkonjunktur und dem unterstellten Status quo in der Finanzpolitik die Einnahmen aus Steuern weiter zulegen und die aus Sozialbeiträgen wieder wachsen. Die Defizitquote wird dann bei 3% liegen, nach 3,6% in diesem Jahr.